

Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und meine Herren!

Wir beraten heute den Vierten Teil des Haushaltssicherungskonzeptes.

Als ich dazu einige kundige Bürger befragte, wurde mir gesagt: „Was wird da schon geredet werden. Das Ergebnis haben doch die Herren von der Blockpartei längst hinter verschlossenen Türen dingfest gemacht.“

Der Verlauf der heutigen Beratung und die Abstimmung werden zeigen, ob das Bild richtig ist, das sich viele Görlitzer von den Zuständen im Stadtrat machen.

Meine Fraktion „zur Sache!/SPD“ kommt aber ungeachtet dieser Meinung ihrer Pflicht nach, ihre Vorstellungen davon, wie es in Görlitz weitergehen soll, Ihnen hier und der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Ich darf für alle Zuhörer kurz in Erinnerung rufen:

Görlitz hatte im März 2009 unter der Amtsführung von Oberbürgermeister Paulick einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Durch die von der Stadt nicht beeinflussbare allgemeine Finanz- und Wirtschaftskrise kam es dann zu einem für die nahe Zukunft prognostizierten Ausfall städtischer Steuereinnahmen. Und es wird ganz sicher auch zu einem Rückgang der Zuweisung von Finanzmitteln durch das Land Sachsen kommen. Um dem zu begegnen, wurde die Stadt von der Rechtsaufsicht unter Führung von Landrat Lange angewiesen, ein Konzept vorzulegen, mit dem runde 21,1 Mio. Euro eingespart werden müssen. Dieses Gesamtvolumen wurde von OB Paulick und seiner Verwaltung in vier Schritte zerlegt und zunächst mit Teil I und II begonnen, um der Aufsicht zu signalisieren „Wir arbeiten dran!“. Das war eine sicherlich richtige Politik, um auch zugleich Härten frühzeitig zu erkennen und diesen wirksam entgegensteuern zu können. Wäre erst heute ein Gesamtpaket vorgelegt worden, wäre die Bewirtschaftung des laufenden Haushaltes – wegen Terminüberschreitung – ganz sicher in Frage gestellt. Die ersten beiden Teile des Konzeptes, die die Verwaltung vorlegte, brachten eine Ersparnis in den Ausgaben bzw. eine Erhöhung von Einnahmen von rund 11,3 Mio. Euro. Der dritte Teil wurde vom Stadtrat Ende Januar gegen die Stimmen meiner Fraktion von 4,7 Mio. auf 1,3 Mio. Euro gekürzt. Das Konsolidierungsdefizit stieg also durch Ihr Abstimmungs-Verhalten wieder auf 8,5 Mio. Euro. Ein gewaltiger Rückschlag, wie ich meine, angesichts des Termindruckes, unter dem wir stehen. Diese Entscheidung war auch einer der Sargnägel, mit denen Sie das Vorhaben: die Wiederherstellung der Stadthalle, wieder beerdigen wollen.

Auf drei Ihrer Entscheidungen darf ich näher eingehen:

I. Ihre Ablehnung, den derzeit gültigen Haustarifvertrag für die Mitarbeiter im Rathaus zu verlängern. Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, warum Sie einer **Verlängerung der 36-Stunden-Woche** im Rathaus nicht zugestimmt haben. Es gibt die 36-Stunden-Woche seit 2003 und sie ist mit einer 10%igen Gehaltskürzung verbunden. Mich stört besonders, dass sie aber dagegen einer vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen mäßigen Kürzung Ihrer eigenen

Sitzungsgelder nicht zugestimmt haben Ist das nicht eine merkwürdige Vorstellung von fairer Personalpolitik? Sicher, Sie führen rechtliche Bedenken an. Sie zweifeln daran, ob es mit ver.di noch einmal gleiche Vereinbarungen geben kann. Ist es aber nicht Aufgabe unserer Verwaltung, diesen Versuch zu machen? Nach meinem Verständnis ist es die Aufgabe des Stadtrates, einen politischen Willen zu äußern, den durchzusetzen, das ist die Aufgabe der Verwaltung. Dazu kommt die sich in ihrem Verhalten äußernde Missachtung der Arbeit der Verwaltung, immerhin von Fachleuten, die sich seit Jahren bewährt haben. Haben Sie nicht auch einmal an die Motivation unserer Verwaltungsmitarbeiter gedacht, die aus den hinteren Reihen dieses Saales mit ansehen müssen, wie Sie hier die Sicherheit aller Arbeitsplätze in Frage stellen?

Herr Dr. Kessler, Ihre Rede im Januar war erfrischend und wohltuend sachlich. Sie wurde aber am falschen Ort gehalten. Was Sie sagen, das stimmt für Ihre Arbeit in der Industrie. Dort ist es heute üblich, von „hire and fire“ zu sprechen, in unserem etwas genaueren Deutsch heißt das: „rausschmeißen und anstellen nach Kassenlage“. Mit dieser Einstellung lässt sich aber kein Rathaus führen, wo Erfahrung, Zuverlässigkeit und Treue zur Arbeit wichtige Parameter sind.

II. Auch der **Einsatz des Neißefonds** war von Ihnen abgelehnt worden. Sie begründeten das damit, diese Geldanlage solle als „letzte Reserve“ der Stadt aufbewahrt werden. Das heute zu beschließende Haushaltssicherungskonzept schlägt nun erneut vor, zur Schuldentilgung dem Neißefonds 10 Mio. Euro zu entnehmen.

Meine Fraktion unterstützt diesen Vorschlag der Verwaltung aus den folgenden Gründen:

1. Görlitz hat eine erhebliche Zinslast für Kredite aus der Vergangenheit zu tragen, die den Gestaltungsspielraum der Stadt in der Gegenwart und Zukunft bereits deutlich einengen. Nachdem jeder Familienvater, jeder Hauseigentümer seine Schulden beizeiten zu tilgen sucht, warum sollte das dann die Stadt nicht erst recht tun, besonders wenn es ihr neue Freiheit für Investitionen bringt?

2. Grund: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass der Neißefonds ein erhebliches Hindernis für die Stadt darstellen kann, um Finanzhilfen zu bekommen. Die Ablehnungen erfolgten immer mit der Begründung: Es gibt sehr viel Ärmere als die Stadt Görlitz. Sie können doch den Neißefond nutzen. Schauen wir – wie Sie es so gern tun – einmal in den Landkreis hinüber.

Dieser wird – wie wir eben von OB Paulick hörten – am kommenden Mittwoch wahrscheinlich beschließen, 15 Mio. Euro Bedarfs-Zuweisungen „auf Grund struktureller Nachteile“ vom Freistaat zu beantragen. Ich meine, wir sollten das auch tun; denn die Kreisreform, die Finanzkrise und bevorstehende Aufgaben wie die gesetzlich vorgeschriebene Umstellung der Verwaltung – Doppik genannt – belasten uns schwer. Ich fürchte aber, dass wir eine freundliche Abfuhr bekommen werden. Wir sind nicht „bedürftig“, wir haben ja den Neißefond.

3. Grund: Auch in der Art der Verwendung des Neißefonds untersteht Görlitz den Entscheidungen der Rechtsaufsicht bzw. der Landesdirektion Dresden, die die freie Verwendung des Fonds durchaus verhindern kann. Nämlich dann, wenn der

Haushalt der Stadt nicht ausgeglichen bzw. dauerhaft instabil ist. Es ist also sehr zweifelhaft, ob – wie im Stadtrat behauptet wird - der Neißefond wirklich eine ideale „letzte“ Reserve ist. Und so nebenher gesagt, solange wir diesen Fonds haben, gab es – das sehen wir rückblickend - keinen überzeugenden Anreiz, sich konsumtiv zu zügeln, um aus eigener Steuerkraft Spielräume für größere Baumaßnahmen zu schaffen.

4. Grund: Der kleine Mann kommt ja immer zuletzt, auch in dieser Aufzählung. Aber sollten wir nicht bedenken, dass durch die Nutzung des Neißefonds, jetzt, gerade dem Bürger erhebliche Belastungen und Leistungskürzungen erspart werden können? Bitte denken Sie daran: Die Görlitzer haben diese Wirtschaftskrise nicht verschuldet. Sollen sie sie nun komplett bezahlen?

Am Ende meiner Ausführungen zu diesem Thema muss ich Ihnen einfach erzählen, wie ein einfacher Stadtrat mit abgeschlossener Schulbildung und durch lebenslange Erfahrung zu demokratischem Verhalten erzogen, die Verhandlungen im Rathaus über das heutige Thema erlebt hat:

So war meine Vorstellung:

Du gehst also in die angesetzte Sitzung , dort sitzen Herren, die sind anderer Meinung . Mit denen ringst du fair um die richtigen Argumente, streitest Dich eventuell. Und gemeinsam wird man schließlich einen Kompromiss finden. Wir haben ja a l l e Verstand, wir haben a l l e guten Willen und wollen Görlitz weiterbringen. So habe ich gedacht.

Doch weit gefehlt. Wie lief es wirklich?

Ich komme also ins Rathaus, mir gegenüber eine Riege der Blockpartei, **freundlich** lächelnd. Ganz nebenher, der Chef der Herren ist gar nicht erst gekommen. Dann kommt der Tagesordnungspunkt, der uns heute bewegt: **Freundliches** Lächeln bei den Herren. Auf die Frage: Wollen Sie etwas dazu zu sagen: Nein, wir wollen nichts sagen . **Freundliches** Lächeln. Dann die Abstimmung: Alle enthalten sich, **freundlich** lächelnd, danach **freundlicher** Abgang. Ende der Vorstellung. So etwas nennt sich in Görlitz demokratische Problemlösung.

Und ich fragte mich: Wo bin ich hier? In Sizilien? Auf dem Balkan? Oder gar in der DDR? Für mich stimmt in Görlitz etwas nicht.

Wir haben hier eine Presse, die täglich Meldung und Meinung vermischt und wir haben Politiker, die zu öffentlich sichtbarer Arbeit gewählt wurden, die aber hinter verschlossenen Türen agieren, als ob ihnen die Stadt gehört. Für mich ist das ein Trauerspiel.

Aber weiter: Ich komme zu meiner

III. Bemerkung zu Ihren negativen Wahlentscheidungen im Januar:

Sie habenden Vorschlag des Oberbürgermeisters abgelehnt, das **Sitzungsgeld der Stadträte** von 50 auf 30 Euro zu reduzieren. Bei diesem Vorschlag ging der

Oberbürgermeister von der berechtigten Ansicht aus, dass wir Stadträte Vorbildfunktion haben oder haben müssten. Deshalb hatte er, wohl mehr als gute Geste gedacht, eine sehr moderate Kürzung unserer Sitzungsgelder vorgeschlagen. Die Mehrheitsfraktionen haben das gegen unsere Stimmen abgelehnt, im Gegenzug aber vielen Görlitzern, denen es nicht so gut geht wie Ihnen, deutliche finanzielle Einbußen und Mehrbelastungen aufgebürdet.

Ich – für meine Person – schäme mich für dieses Verhalten und es drängt mich, den Görlitzer Bürgern zu sagen, dass ich diesen ablehnenden Beschluss sehr bedauere. Ich hoffe, wir können heute gemeinsam noch einmal laut darüber nachdenken und dies dadurch entstandene „schiefe Bild“ vom Stadtrat bei unseren Bürgern wieder gerade rücken.

Nun zu den Vorschlägen aus Ihren Reihen, den der CDU/FDP und den Bürgern für Görlitz/die Grünen:

Festzustellen ist erst einmal, dass es einen **offiziellen** Gegenvorschlag von Ihrer Seite zum Papier des Oberbürgermeisters und seiner Verwaltung gar nicht gibt.

1. Es gibt einen internen Brief vom Oktober 2009, adressiert an den Oberbürgermeister, der aber zuerst auf sehr merkwürdige, fast ein wenig unlautere Art der Öffentlichkeit präsentiert wurde.
2. An den Sitzungen des Ausschusses Haushalt haben Sie zuweilen teilgenommen, zuweilen übten Sie sich im Boykott. Von sachlicher Teilnahme oder gar Mitarbeit kann keine Rede sein.

Aber zur Sache:

In Ihren Vorschlägen raten Sie zur Abgabe von Ämtern und Behörden oder zur Übertragung von Vermögenswerten der Stadt auf den Kreis.azu erst einmal ein notwendiger Hinweis:

Die Herren von der Mehrheitsfraktion sollten grundsätzlich erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie damit an gültigen Verträgen rütteln, die erst vor zwei Jahren zwischen Kreis und Stadt geschlossen worden sind. Ich meine die so genannte Auseinandersetzungsvereinbarung. Solche Verträge werden nicht wie Wochenmarktstermine vereinbart und geändert, sondern sie werden auf Dauer geschlossen, will man als solider Partner anerkannt bleiben. Ich erinnere hier an die Zeitungsmeldung im Januar von einer Äußerung des Landrates Lange: „Der Kreisreform-Vertrag wird nicht neu verhandelt.“ Ihr Vorschlag, mit dem Landrat „freundliche Gespräche“ zu führen, ist ebenfalls zu kurz gesprungen. Auch der Landrat hat seine Pflichten zu erfüllen und ist dem gesamten Kreis mit vielen hart getroffenen Kommunen verpflichtet. Diese Pflichten zu erfüllen, daran wird den Landrat auch die größte Freundlichkeit nicht hindern. Im Übrigen glaube ich, dass zwei kultivierte Menschen, wie der Landrat und der Oberbürgermeister, solche Hinweise auf Freundlichkeit als Zumutung empfinden werden. Und das sind sie ja auch.

Im Einzelnen begründet meine Fraktion zur Sache!/SPD unsere Ablehnung Ihrer insgesamt nicht differenzierten Vorschläge wie folgt:

1. Die Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, an der die Stadt 16 % der Vermögenswerte hält, bringt der Stadt bisher regelmäßige Erträge. Warum also eine Übertragung an den Kreis? Das klingt genau nach dem Gegenteil von „Konsolidierung“.

2. Das Stadtkrankenhaus ist eine medizinisch wie wirtschaftlich sehr feine und vor allem gesunde Institution, die regelmäßig an sich selbst Gewinne abwirft, die ausschließlich zur wissenschaftlichen und kaufmännischen Rentabilität des Hauses eingesetzt werden. Bei einer Abgabe an den Kreis wird das Haus die übrigen defizitären Krankenhäuser des Kreises subventionieren müssen. Es ist sicher, dass sich das nicht gerade positiv auf das Görlitzer Haus auswirken wird.

Nur eine Möglichkeit, wie es kommen könnte, wenn Ihr Vorschlag Wahrheit wird. Ich übertrage die Verhältnisse im Landkreis Böblingen einmal auf Görlitz: Da will ein Görlitzer Bürger einen Termin für die Diagnostik seiner Bauchschmerzen. Er wird die Antwort bekommen: Der Termin ist in drei Tagen. Finden sie sich bitte pünktlich im Klinikum Bautzen ein. Dort stehen die notwendigen Untersuchungsapparate.

Soweit ich weiß, hat man im Klinikum noch viele gute Ideen, die den – man darf es schon so sagen – den international guten Ruf dieses Hauses festigen und den Bürgern Nutzen bringen werden. Und, nicht das Schlechteste zum Schluss: Vergessen Sie nicht: Dieses fortwährende Modernisieren kam bisher nicht zuletzt auch den Görlitzer Handwerkern zu Gute. Alles das ändert sich unter dem Dach einer Holding-Gesellschaft.

Nun zu Ihrem **3. Vorschlag** . Sie wollen die untere Denkmalschutzbehörde der Stadt an den Landkreis abgeben. Gespart würden dann vielleicht die Personalkosten und einige Sachkosten. Dafür geben Sie aber das Herzstück unserer Stadt aus der Hand, denn wir verlieren das Verfügungs- und Gestaltungsrecht über alle Gebäude, die den Wert dieser Stadt ausmachen. Es kann von niemandem bestritten werden, dass mit einer Abgabe der Denkmalschutzbehörde an den Kreis fremde, nicht ausschließlich an Görlitz interessierte Kräfte die Oberhand gewinnen werden.

Ein solcher – für mich undenkbarer Plan - führt mich zu einer Rückschau auf die Art, wie in der Stadt Görlitz in der Vergangenheit Probleme gelöst wurden. Die damaligen Entscheidungsträger sitzen ja auch heute noch überwiegend hier im Stadtrat. Görlitz hatte 1990 eine herrliche Aufbruchzeit erlebt und alle meinten, es ginge fortan nur noch aufwärts. Dann kamen aber Stagnation und viele falsche Entscheidungen. Deshalb meine Fragen, die Ihr Gedächtnis auffrischen sollen:

Wer hat für die Schließung der Stadthalle gestimmt?

Wer hat das Helenenbad geschlossen?

Wer war für den Verkauf der Stadtwerke?

Wer hat verhindert, dass der 50- Millionen- Ertrag aus diesem Verkauf in einer zugriffssicheren Stiftung angelegt wurde?

Wer war gegen den Erwerb von Industriegelände?

Wem ist gleichgültig, ob Arbeitsplätze in Görlitz oder Kodersdorf entstehen?

Wer hat in einer sehr umstrittenen Entscheidung den Klinikums-Geschäftsführer Freitag abgesetzt und in einem sehr fraglichen Verfahren Prof. Paditz in diese Stelle gehoben? Das alles hat Görlitz ein Vermögen gekostet.

Wer hat die Abwahl Rainer Neumer's inszeniert, ein für Görlitz ebenso teures Abenteuer?

Das waren alles für Görlitz katastrophal falsche Entscheidungen. Und genau diese Herren, die das entschieden haben, sitzen hier unten im Rat und wollen jetzt den Ausverkauf der Stadt – ihre Gründe sind mir nicht klar. In einigen Jahren werden sie wieder sagen: „Damals, in der Ära Paulick, da wurde alles verkauft, da wurden die Weichen falsch gestellt, da wurden viele schlechte Entscheidungen getroffen.“ So und ähnlich reden sie doch heute z. B. über den Stadtwerke-Verkauf unter Karbaum“ und über andere Begebenheiten der letzten Jahre. Ihren eigenen Namen, meine Herren, Ihr Verursachen und Ihr Mitwirken daran, verschweigen Sie schamhaft.

Meine Damen und meine Herren,

ich kann es mir einfach nicht vorstellen, dass es in dieser Weise mit Görlitz weitergehen soll. Zeit meines Lebens hat mich immer eine bestimmte Vorstellung vom Wesen dieser Stadt begleitet. Diese Vorstellung kam nicht nur aus dem Herzen, sondern auch aus dem Verstand. Schon als Kind sah ich Görlitz wie die Prinzessin in einem Märchen, berufen zu einem besonderen, ja außergewöhnlichen Schicksal. Und mit dieser Vorstellung weiß ich mich mit vielen Görlitzern, auch Stadträten in allen Fraktionen und nicht zuletzt unserem fast sagenhaft gewordenen Millionen-Spender einig. Mein Verstand sagt mir, dass Görlitz nicht dazu geschaffen wurde, um zu den vielen hundert Städten zu gehören, von denen es lediglich heißt, es gäbe sie. Mein Gefühl sagt mir, Görlitz kann nur zu besonderen Leistungen geschaffen sein. Und in einer Zeit, die durch die Mittelmäßigkeit von Personen geprägt wird, die die Stadt auf eine Ansammlung von Häusern reduzieren wollen, habe ich das Gefühl einer absurden Anomalie, in der die Stadt vegetiert. Kurzum, Görlitz ist nicht Görlitz, wenn es nicht an erster Stelle steht, Vorbild ist und sich immer hohe Ziele steckt.

Es ist noch kein Jahr her, da haben Sie einen Eid darauf geleistet, allein der Stadt zu dienen und das Beste für Stadt und ihre Bevölkerung zu bewirken. In diesem Eid steht nichts von einem Landkreis.

Meine Bitte: Erhalten Sie dieser Stadt ihre Juwelen und denken Sie in der Abstimmung auch an Ihre Fürsorgepflicht für die Menschen in der Verwaltung.

Ich danke Ihnen.